

KOALITION GEGEN DEN SCHMERZ

Mit Sorge betrachten die mit der Schmerztherapie befassten Fachverbände und Patientenorganisationen gesundheitspolitische Entwicklungen, die die zunehmende Zahl der Schmerzpatienten nicht hinreichend berücksichtigen.

Neue Strukturen der Versorgungslandschaft, insbesondere vor dem Hintergrund aktueller Reformgesetze, lassen befürchten, dass Diagnose, Therapie und langfristige Versorgung der Schmerzpatienten in dem sich stark verändernden Gesundheitswesen nicht nach optimalen organisatorischen und wissenschaftlichen Voraussetzungen geregelt werden.

Die Fachverbände und Patientenorganisationen bieten an und hoffen, ihre gebündelte Kompetenz in die politischen Entscheidungsprozesse einbringen zu können, um die bestmögliche Versorgung von Schmerzpatienten auch unter neuen gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen sicherzustellen.

Kernforderungen

- ❖ Chronischer Schmerz muss als eigenständiges Krankheitsbild in die Liste des morbiditätsbezogenen Risikostrukturausgleichs aufgenommen werden.
- ❖ Opioide der WHO-Stufe III müssen aus der automatischen Austauschpflicht nach § 129 SGB V herausgenommen werden und dürfen vom Apotheker nicht ohne Rücksprache mit dem verordnenden Arzt ausgetauscht werden (selbst dann nicht, wenn kein aut idem-Kreuz gesetzt wurde).
- ❖ Schmerztherapie und Palliativmedizin sind in der Ausbildungsordnung für Ärzte als fester Bestandteil zu verankern